



**Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier  
beim Festakt zum 70-jährigen Jubiläum der Atlantik-  
Brücke  
am 13. Oktober 2022  
in Berlin**

Es ist mir eine große Freude, heute hier bei Ihnen zu sein, um den siebzigsten Geburtstag der Atlantik-Brücke gemeinsam mit Ihnen zu feiern! Ich sehe viele bekannte Gesichter aus Wirtschaft und Kultur, aus der Politik, aus den Verbänden. Aber ich sehe auch junge Menschen, die die Atlantik-Brücke mit ihren Programmen „Young Leaders“ und „New Bridges“ besonders fördert. Mit anderen Worten: Ich sehe Menschen, die in einem Interesse vereint sind – nämlich das zu tun, was Lucius D. Clay, der sich als Vater der Luftbrücke im Brückenbau auskannte, mit Blick auf die Atlantik-Brücke so ausgedrückt hat: „zwischen wohlgesinnten Menschen ein Verständnis für die gegenseitigen Probleme zu entwickeln“.

Und genau das macht die Atlantik-Brücke seit nunmehr siebzig Jahren: einander wohlgesinnte Menschen für das gemeinsame transatlantische Projekt zusammenbringen, Probleme lösen, das Verständnis füreinander fördern, damit Freiheit, Sicherheit, Vertrauen und Freundschaft gestärkt werden.

Die Gründer der Atlantik-Brücke, Marion Gräfin Dönhoff, Erik Blumenfeld und Ernst Friedlaender, Eric M. Warburg und Gotthard von Falkenhausen – sie alle waren Gegner des Nationalsozialismus oder hatten als jüdische Deutsche unter der Naziherrschaft um ihr Leben fürchten müssen. Wenige Jahre nach dem Zivilisationsbruch des Holocaust wollten sie Deutschland zurückführen in die Gemeinschaft demokratischer Staaten. Sie wussten: Die enge Bindung des freien Deutschlands an die USA war notwendig, um der totalitären Gefahr durch die Sowjetunion zu begegnen. Sie war aber auch die beste Gewähr dafür, dass sich deutsche Irrwege nicht wiederholen würden und die freiheitliche Demokratie in der jungen Bundesrepublik eine sichere Zukunft haben konnte.

Die Atlantik-Brücke, über die in den vergangenen siebzig Jahren so viele Menschen in beide Richtungen gegangen sind, sie hat das Ankommen und das Verankern der Bundesrepublik im politischen und kulturellen Westen ganz entscheidend befördert. Heute gibt es so viele und so enge Verbindungen zwischen Deutschland und Nordamerika, so viele wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche Beziehungen, die sich über Jahrzehnte entwickelt haben, in guten wie in schlechten Zeiten, über Krisen und Konflikte hinweg, auch über Regierungswechsel auf beiden Seiten. Ich denke an die mehr als 4.500 deutschen Unternehmen, die in den USA vertreten sind, an die 700.000 Arbeitsplätze, die deutsche Firmen in den USA geschaffen haben. Ich denke an viele Tausend deutscher Schülerinnen und Schüler, die jedes Jahr in die USA oder nach Kanada zum Austausch gehen. Ich denke auch an das letzte „Deutschlandjahr USA“ 2019, als bei mehr als eintausend Veranstaltungen in allen fünfzig Bundesstaaten der USA neue Freundschaften zwischen Deutschen und Amerikanern geschlossen wurden.

Sie, liebe Mitglieder der Atlantik-Brücke, sind Teil dieser großen deutsch-amerikanischen Freundschaft. Meine Anerkennung gilt heute Ihnen allen, die sich für die Atlantik-Brücke engagieren, die dieses Forum und damit das transatlantische Projekt überparteilich als Mitglieder und Gäste lebendig halten. Danke für Ihre Arbeit! Und in diesen Dank schließe ich den Vorsitzenden – Sie, lieber Sigmar Gabriel – ausdrücklich mit ein. Herzlichen Dank Ihnen allen!

Als die Atlantik-Brücke, damals noch als Transatlantik-Brücke, vor siebzig Jahren in Hamburg gegründet wurde, war Deutschland ein Ausgestoßener der Weltgemeinschaft. Während im Ostteil unseres Landes nach der Nazidiktatur die Menschen wieder in ein System der Unfreiheit gerieten, begann im Westen Deutschlands ein politischer, kultureller und wirtschaftlicher Wiederaufbau, der nur mit maßgeblicher Hilfe der USA gelingen konnte.

Es war der Marshallplan, der dem zerstörten Deutschland den wirtschaftlichen und moralischen Neubeginn ermöglichte. Es waren amerikanische Soldatinnen und Soldaten, die, nach dem Kriegsende in Deutschland stationiert, unseren Weg zu einem demokratischen Neuanfang absicherten. Es war die Bildungsarbeit der Amerika-Institute, die eine ganze Generation junger Deutscher prägte und für Amerika einnahm.

Nachdem Deutschlands erste Demokratie so fatal gescheitert war, haben wir sie mit entscheidender Unterstützung der Vereinigten Staaten nach 1945 aufs Neue gelernt und gelebt. Die USA waren die ersten, die uns Deutschen die Demokratie wieder zugetraut haben. Und so wurde die junge Bundesrepublik an der Seite Amerikas zu einem anerkannten Akteur der Weltgemeinschaft, trat der NATO bei, schließlich den Vereinten Nationen. All das wäre ohne die USA undenkbar gewesen.

Die transatlantische Partnerschaft ist in all den Jahrzehnten, im Kalten Krieg und nach dem Zusammenbruch der totalitären Systeme des Ostblocks, immer eine Wertegemeinschaft gewesen, die wusste, wozu es sie gab: um in den internationalen Beziehungen die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts der Stärkeren zu setzen; um für eine Ordnung auf dem Fundament gerechter und verlässlicher Regeln einzutreten; um die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren, die freie Selbstbestimmung der Völker und – gerade jetzt besonders wichtig – die Unverletzlichkeit der Grenzen.

Der 24. Februar dieses Jahres markiert deshalb einen Epochenbruch. Der brutale, völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine hat die seit fünf Jahrzehnten, seit der Schlussakte von Helsinki gewachsene europäische Friedensordnung unumkehrbar zerstört. Wir sehen die schrecklichen Bilder der Luftangriffe auf Kiew, die Bilder verwundeter und toter Zivilisten. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer erfahren seit dem 24. Februar unfassbares Leid.

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, humanitär, wirtschaftlich, aber auch militärisch: Deutschland gehört inzwischen zu den wichtigsten Unterstützern zur Stärkung der ukrainischen Verteidigung. Nicht nur die Gepard-Flugabwehrpanzer und Munition, sondern auch Haubitzen, Mehrfachraketenwerfer und neueste Ortungstechnik haben dazu beigetragen, Angriffe der russischen Artillerie abzuwehren. Und mit dem Flugabwehrsystem IRIS-T – so modern, dass es noch nicht einmal der Bundeswehr zur Verfügung steht – tragen wir zum besseren Schutz der Menschen in geschundenen ukrainischen Städten vor neuen russischen Luftangriffen bei.

Die Ukraine braucht weiter unsere Solidarität gegen den brutalen russischen Überfall. Und diese Unterstützung werden wir solange wie nötig leisten – damit die Ukraine ihre Freiheit und ihre Souveränität verteidigen kann, und damit die Ukrainerinnen und Ukrainer das Land behalten, das sie seit Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit, seit mehr als dreißig Jahren aufbauen. Darauf kann sich die Ukraine verlassen. Wir werden auch die russischen Scheinreferenden in der Ukraine, diese völkerrechtswidrigen, mit Gewalt erzwungenen Grenzverschiebungen nicht akzeptieren!

Was ist nach dem Fall der Mauer, der friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes und nach dem Ende der Blockkonfrontation nicht alles geschrieben worden, wie groß war die Hoffnung auf den weltweiten Durchbruch der liberalen Demokratie! Heute wissen wir: Das berühmte „Ende der Geschichte“, das gab es nicht. Die Balkankriege, der internationale Terrorismus und 9/11, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, der Atomkonflikt mit dem Iran – immer neue Krisen und Konflikte bestimmten die Weltpolitik.

Für Europas Sicherheit ist nichts so schwerwiegend wie Russlands Angriff auf die Ukraine. Putin hat die letzten Elemente des Dialogs, die letzten Pfeiler unseres Friedens in Europa eingerissen. Und mit all unseren Anstrengungen haben wir diesen Krieg nicht verhindern können. Die Vorstellung von kooperativer Sicherheit in Europa, für die viele in diesem Saal in den letzten Jahrzehnten gearbeitet haben, ist Geschichte, Gorbatschows Traum vom „gemeinsamen Haus Europa“ ausgeträumt. Ein Albtraum ist an seine Stelle getreten.

Seite an Seite mit den USA und Kanada, mit unseren europäischen Partnern haben wir Russland eine deutliche Antwort gegeben. NATO, G7 und die Europäische Union stehen geschlossen und entschlossen an der Seite der Ukraine. Und wir schützen unser Bündnisgebiet.

Deutschland macht das sichtbar, indem die Bundeswehr die Ostflanke der NATO gemeinsam mit vielen anderen Verbündeten militärisch schützt. Wir verdeutlichen es, indem wir 100 Milliarden Euro zusätzlich für die Bundeswehr mobilisieren und dauerhaft in die Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit wie in die Stärkung der NATO investieren. Die Ereignisse der vergangenen acht Monate haben das transatlantische Bündnis zusammengeschweißt, wir stehen so eng zusammen wie vielleicht nie zuvor seit dem Kalten Krieg.

Wir wünschen uns, dass das Leid und das Sterben in der Ukraine bald ein Ende hat. Und ich bin sicher, am sehnlichsten wünschen sich die Ukrainer das selbst. Aber das Ende des Krieges lässt sich nicht herbeiwünschen. Russland führt eine Invasionsarmee, die Ukraine verteidigt ihr Staatsgebiet, ihre Unabhängigkeit, Freiheit und Souveränität. Den Weg zum Ende dieses Krieges kann Russland jeden Tag bestimmen. Aber Putin hat sich vergraben in seiner imperialen Besessenheit. Und deshalb dürfen wir uns nichts vormachen: Ein Ende des Krieges ist derzeit nicht in Sicht.

Was heißt das jenseits der ganz aktuellen Bedrohung? Ja, wir müssen wehrhafter werden. Ja, wir müssen konfliktfähiger werden. Das ist verstanden in Deutschland. Aber militärische Stärke allein wird nicht reichen.

In dieser Welt der vielfachen Interdependenzen, einer Welt, in der die Autorität gewachsener internationaler Organisationen schwindet, einer Welt, die sich um alte und neue Machtzentren neu formiert, in der die Demokratien des liberalen Westens den Einflussphären Russlands und Chinas gegenüberstehen – in einer solchen Welt ist die Gefahr des Aufschaukelns von regionalen zu globalen Konflikten deutlich gewachsen. Wir müssen uns in dieser Welt gleichzeitig neu verorten und uns noch stärker darum bemühen, dass andere uns und das, wofür wir stehen, verstehen.

Mit anderen Worten: Wenn der Westen mehr sein soll als eine Himmelsrichtung, muss er natürlich zum einen prinzipienfest, aber

gleichzeitig ein offenes Projekt sein, anschlussfähig für Menschen in allen Teilen der Welt, Regionen mit anderer Geschichte, anderen Erfahrungen und anderen Religionen.

Wir befinden uns eben nicht in einer Auseinandersetzung, die ein einfaches Wir-gegen-die ist, der freie Westen gegen den Rest. Viele Staaten lassen sich keiner Seite klar zuordnen, weder den liberalen Demokratien noch den autoritären Regimen. Sie wollen sich keinem Lager, keiner Konfliktpartei, keinem alten oder neuen Block anschließen.

Wir haben es anlässlich des Ukraine-Krieges im März in der UN-Generalversammlung erlebt: 141 Staaten nannten das, was in der Ukraine passiert, Krieg – aber nicht einmal die Hälfte davon wollte Russland explizit als verantwortlichen Verursacher verurteilen. Die Frage ist: Steht die andere Hälfte deshalb schon fest im russischen Lager? Ich glaube: nein.

Das sind Länder, die sich nicht als Teil des Westens verstehen, die aber zumeist – wie wir – jedenfalls ein Interesse an verlässlichen Regeln, an wirtschaftlicher Entwicklung und Austausch haben – und die auch völkerrechtswidrige Annexionen nicht akzeptieren, wie die historische Mehrheit von 143 Staaten in der gestrigen Generalversammlung gezeigt hat. Aus meiner Sicht macht dieses gestrige Ergebnis deutlich: Wir dürfen nicht nachlassen, wir müssen weiter ohne Überheblichkeit, aber mit Leidenschaft für die Werte und Regeln werben, für die wir stehen. Wir brauchen als transatlantische Gemeinschaft in diesen Zeiten beides: Stärke und Geschlossenheit im Innern – Wachsamkeit, Klugheit und Gesprächsbereitschaft mit anderen nach außen. Deshalb sind der anstehende G20-Gipfel in Bali und insbesondere Gespräche mit Indien und China von großer Bedeutung.

John F. Kennedy hat in sehr prägnanten Worten ausgedrückt, wie wir mit dieser Spannung zwischen außenpolitischen Gemeinsamkeiten und Differenzen pragmatisch umgehen können. Am 10. Juni 1963 sagte er in seiner Rede an der American University in Washington: "Let us not be blind to our differences – but let us also direct attention to our common interests and to the means by which those differences can be resolved. And if we cannot end now our differences, at least we can help make the world safe for diversity!"

Unser Zusammenstehen in der Gefahr heute zeigt, dass das Fundament der transatlantischen Beziehungen, das in den 1950er Jahren gelegt wurde, tragfähig ist. Aber der Blick zurück in die Vergangenheit erlaubt keine gelassene Trägheit in der Gegenwart und erst recht keine Sorglosigkeit für die Zukunft. Liberale Demokratien sind stark, aber sie werden auch angefochten. Die Unversöhnlichkeit politischer Gruppierungen, die Diskreditierung des politischen Gegners sehen wir nicht nur in den USA. Der Prozess der Polarisierung ist auch in den europäischen Gesellschaften voll im Gang, aber ganz sicher in den

USA – täglich befeuert von einem Teil radikalierter Medien – noch deutlich weiter vorangeschritten.

Ich vertraue auf das amerikanische System der Checks and Balances. Aber die Gefährdungen können nur aufgehalten werden, wenn sich die Parteien auf ihre Rolle als Wettbewerber in der politischen Willensbildung zurückbesinnen. Als Feinde in einem Meinungskrieg, in dem es in jeder Schlacht immer nur ums Ganze geht, kann das auf Dauer nicht funktionieren. In solch einer vergifteten Auseinandersetzung haben die Kräfte des Autoritären immer die besseren Karten.

Ich blicke gespannt auf die amerikanischen Midterms in dreieinhalb Wochen. Sie werden uns Hinweise geben, ob die immer stärkere Polarisierung zwangsläufig ist oder ob die Wählerinnen und Wähler Stoppsignale senden. Es ist kein Ausdruck von Überheblichkeit, eher von Sorge, wenn ich sage: Eine Erschütterung der amerikanischen Demokratie bliebe nicht auf die USA beschränkt, sie träfe auch uns und hätte ein Glaubwürdigkeitsproblem für die gesamten liberalen Gesellschaften des Westens zur Folge.

Für die Älteren unter uns war das transatlantische Projekt ein Teil von vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, in die sie hineingeboren worden sind; sie wussten um seinen entscheidenden Beitrag für den Aufstieg der liberalen Demokratie, sie wussten um dessen Bedeutung für einen jahrzehntelangen militärischen Schutz und wirtschaftlichen Wohlstand. Den Jüngeren ist die Erinnerung an die Teilung und die Bedingungen ihrer Überwindung nicht mehr selbstverständlich.

Dasselbe gilt erst recht für die Vereinigten Staaten. Die transatlantische Wertegemeinschaft war für die Kriegsgeneration, deren Kinder und vielleicht noch Kindeskinde eine Selbstverständlichkeit, und ebenso selbstverständlich richtete sich ihr Blick nach Europa. Für hispanische oder asiatische Zuwanderer gibt es diesen wohlwollenden, selbstverständlichen Blick über den Atlantik nicht notwendigerweise. Ihre biographischen Brücken führen nicht nach Europa, sie führen nach Lateinamerika und Asien. Aber unsere Wertegemeinschaft darf nicht zur nostalgischen Angelegenheit einer einzigen Generation werden, sie darf kein rein historisch oder biographisch begründetes Projekt werden.

Ich bin fest überzeugt: Das Streben nach Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung ist auch das große Menschheitsthema des 21. Jahrhunderts. Das transatlantische Projekt verfügt, auch das ist meine Überzeugung, weiterhin über enorme Strahlkraft, und diese wird es auch in der Zukunft haben, denn unsere gemeinsamen Werte verlieren nicht an Aktualität und Bedeutung – die Selbstverständlichkeit, mit der sie in unserer Generation gelebt wurden, möglicherweise schon.

Die „New Bridges“ der Atlantik-Brücke sind darauf eine kluge und notwendige Antwort. Mit diesem Programm kommt ein anderer Querschnitt der amerikanischen Gesellschaft zu uns: junge Menschen,

die vielleicht nie einen Fuß nach Europa gesetzt haben oder hätten; die nie damit gerechnet hätten, ausgewählt zu werden. Die „New Bridges“ sind bunter und – ganz entsprechend der Realität der amerikanischen Gesellschaft – natürlich sehr viel diverser. Die transatlantische Partnerschaft braucht neue Gesichter, neue Identifikationspunkte und eine gemeinsame Vision, wie sich unsere Gesellschaften dies- und jenseits des Atlantiks entwickeln sollten. Auch deshalb ist die Rückbesinnung auf unsere Werte, auf all das, was uns ausmacht und wer wir sein wollen, nicht nur wichtig, sondern geradezu essenziell.

Deshalb, liebe Geburtstagsgäste, lassen Sie die Atlantik-Brücke, so wie seit siebzig Jahren, einen Ort sein, an dem die Strahlkraft des transatlantischen Projekts spürbar wird. Lassen Sie uns, bei aller Notwendigkeit der Veränderung, optimistisch in die Zukunft gehen. Lassen Sie uns zu den bestehenden Brücken weitere Brücken – „New Bridges“ – bauen.

In diesem Sinne gratuliere ich Ihnen zum Geburtstag der Atlantik-Brücke. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank!